

Fragen

**für die Fragestunde der 67. Sitzung des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 27. Oktober 2010**

Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Beck, Volker (Köln) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	18, 19	Dr. h. c. Koppelin, Jürgen (FDP)	9, 10
Behm, Cornelia (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	46, 47	Kotting-Uhl, Sylvia (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	17, 48
Dağdelen, Sevim (DIE LINKE.)	11, 12	Krischer, Oliver (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	27, 28
Dittrich, Heidrun (DIE LINKE.)	14, 15	Dr. Mützenich, Rolf (SPD)	7, 8
Duin, Garrelt (SPD)	25, 26	Ostendorff, Friedrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	39, 40
Ehrmann, Siegmund (SPD)	1, 2	Paula, Heinz (SPD)	44, 45
Fell, Hans-Josef (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	33, 34	Paus, Lisa (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) .	23, 24
Gohlke, Nicole (DIE LINKE.)	50	Röspel, René (SPD)	37, 38
Hagemann, Klaus (SPD)	49	Dr. Schick, Gerhard (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	21, 22
Haßelmann, Britta (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	20	Schmidt, Silvia (Eisleben) (SPD)	35, 36
Höger, Inge (DIE LINKE.)	5	Schulz, Swen (Spandau) (SPD)	29
Höhn, Bärbel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) ..	16	Dr. Seifert, Ilja (DIE LINKE.)	32, 41
Hönlinger, Ingrid (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	13	Ströbele, Hans-Christian (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	3, 4
Dr. Hofreiter, Anton (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	42, 43	Zimmermann, Sabine (DIE LINKE.)	30, 31
Hunko, Andrej (DIE LINKE.)	6		

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	<i>Seite</i>
Geschäftsbereich der Bundeskanzlerin und des Bundeskanzleramtes	3
Geschäftsbereich des Auswärtigen Amtes	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern	4
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen	5
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie	8
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales ..	9
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz	10
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit	10
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung	12
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit	13
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung	14

**Geschäftsbereich der Bundeskanzlerin und
des Bundeskanzleramtes**

1. Abgeordneter
**Siegmund
Ehrmann**
(SPD) Hält die Bundesregierung als Gesellschafter und Mitglied des Verwaltungsrates der Bayreuther Festspiel GmbH vor dem Hintergrund der Kritik des Bayerischen Obersten Rechnungshofes an der Kartenvergabe das Kartenkontingent für die Gesellschaft der Freunde von Bayreuth e. V. für angemessen, und wie bewertet sie das Verhältnis des Anteils des frei verkäuflichen Kartenkontingents zu den Aufwendungen der öffentlichen Haushalte?

2. Abgeordneter
**Siegmund
Ehrmann**
(SPD) Welche Maßnahmen plant die Bundesregierung, um die „Stiftung TANZ – Transition Zentrum Deutschland“ in ihrer gerade erst begonnenen Arbeit (die Geschäftsstelle hat ihre Arbeit am 1. August 2010 aufgenommen) nach dem Auslaufen der Anschubfinanzierung durch Mittel der Kulturstiftung des Bundes im März 2011 zu unterstützen?

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amtes

3. Abgeordneter
**Hans-Christian
Ströbele**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) Welche Menschen mit deutscher Staatsbürgerschaft oder letztem Wohnsitz in Deutschland wurden nach Kenntnis der Bundesregierung durch US-Sicherheitskräfte im Raum Afghanistan/Pakistan seit 2007 – insbesondere mittels Drohnen – getötet (z. B. in Mir Ali in diesem Herbst oder am 13. September 2009 Tötung des angeblichen IJU-Gründers, vgl. SPON, 17. September 2009), und zu welcher dieser Personen haben deutsche Stellen zuvor der US-Seite (direkt oder indirekt, etwa über ISAF) Informationen zur Identifizierung oder Ortung übermittelt?

4. Abgeordneter
**Hans-Christian
Ströbele**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) Welche Informationen zur Ortung oder Identifizierung über den deutschen Staatsbürger A. S., der in Kabul im Juni 2010 verhaftet wurde, als er auf dem Weg zur deutschen Botschaft gewesen sein soll, der seither auf dem US-Stützpunkt Bagram inhaftiert ist und nun in die USA verbracht werden soll, haben deutsche Stellen zuvor afghanischen oder US-Sicherheitsstellen (direkt oder indirekt, etwa über ISAF) übermittelt (vgl. www.stern.de, 6. Oktober 2010), und welche Bemühungen wurden von deutscher Sei-

te nach Kenntnis der Bundesregierung vor und nach der Festnahme unternommen, um die Rückkehr des A. S. nach Deutschland zu erreichen?

5. Abgeordnete
Inge Höger
(DIE LINKE.)
- Welche Schritte über Forderung nach Auslieferung an die Bundesrepublik Deutschland durch die Staatsanwaltschaft hinaus unternimmt die Bundesregierung, um nach Berichten über einen tot in seiner Zelle aufgefundenen Gefangenen im US-Gefängnis von Bagram (vgl. dpa vom 10. Oktober 2010) die Freilassung des dort inhaftierten Deutsch-Afghanen A. S. zu erreichen, und welche Informationen über Zustand und Behandlung des Gefangenen hat der deutsche Diplomat, der A. S. am 3. Oktober 2010 in Bagram besuchte, erlangen können?
6. Abgeordneter
Andrej Hunko
(DIE LINKE.)
- Welche juristische und politische Bewertung nimmt die Bundesregierung vor, angesichts der Tötung von bis zu acht deutschen Staatsangehörigen durch den Angriff eines unbemannten US-amerikanischen Flugkörpers im paktistanischen Nordwaziristan am 4. Oktober 2010?
7. Abgeordneter
Dr. Rolf Mützenich
(SPD)
- Hat der Bundesminister des Auswärtigen, Dr. Guido Westerwelle, sich bei den Verhandlungen zur neuen NATO-Strategie mit seinem Anliegen durchsetzen können, dass die in Deutschland verbliebenen Atomwaffen abgezogen werden?
8. Abgeordneter
Dr. Rolf Mützenich
(SPD)
- Teilt der Bundesminister des Auswärtigen die Auffassung, dass ergebnisoffen mit der Türkei über deren EU-Beitritt verhandelt werden sollte, und wenn ja, kann er sich mit dieser Position gegenüber dem Koalitionspartner durchsetzen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern

9. Abgeordneter
Dr. h. c. Jürgen Koppelin
(FDP)
- Findet durch das Bundesverwaltungsamt die inhaltliche Prüfung von Internetseiten von Zuwendungsempfängern des Bundes statt?

10. Abgeordneter
Dr. h. c. Jürgen Koppelin
(FDP) Aufgrund welcher Rechtsgrundlage wurden vom Bundesverwaltungsamt die Kosten für einen in einem deutschen Sanatorium sich aufhaltenden Russlanddeutschen und dessen Operation übernommen?
11. Abgeordnete
Sevim Dağdelen
(DIE LINKE.) Ist die Bundesrepublik Deutschland nach Auffassung der Bundesregierung ein Einwanderungsland?
12. Abgeordnete
Sevim Dağdelen
(DIE LINKE.) Wie lauten die genauen Ergebnisse der Länderumfrage des Bundesministers des Innern vom 25. September 2010 zu Erfahrungen der Bundesländer bezüglich bestehender Sanktionsmöglichkeiten im Zusammenhang „integrationswidrigen Verhaltens von Ausländern“, die zum 20. Oktober 2010 beantwortet sein sollte, und wieso hat die Bundesregierung nicht von der auf Bundestagsdrucksache 17/3147 ausdrücklich eingeräumten Fristverlängerungsmöglichkeit Gebrauch gemacht, um meine diesbezüglichen Fragen überhaupt und umfassend beantworten zu können?
13. Abgeordnete
Ingrid Hönlinger
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) Unter welchen Umständen dürfen nach Meinung der Bundesregierung Schülerinnen und Schüler das grundrechtlich geschützte Recht auf Demonstrationsfreiheit wahrnehmen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

14. Abgeordnete
Heidrun Dittrich
(DIE LINKE.) Wie will die Bundesregierung vermeiden, dass durch das weitere Anregen von Sponsoring und die steuerliche Begünstigung von Stiftungen es zu Mindereinnahmen des Staates kommt und damit die öffentliche Daseinsvorsorge nicht mehr sozialstaatlich gesichert werden kann?

15. Abgeordnete
**Heidrun
Dittrich**
(DIE LINKE.)
- Wie gedenkt die Bundesregierung die zu missbräuchlicher Gestaltungspraxis einladende rechtliche Regelung dahingehend zu verändern, dass ein Missbrauch der sogenannten Übungsleiterfreibetragsregelung durch die freien Träger, wie in der ARD Panorama-Sendung vom 1. Juli 2010 aufgedeckt, unterbunden wird?
16. Abgeordnete
**Bärbel
Höhn**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Stellt uns die Bundesregierung bis zum 29. Oktober 2010 den gesamten Schriftwechsel/-austausch der Bundesregierung mit den vier großen Energieversorgern in Zusammenhang mit der Laufzeitverlängerung der Kernkraftwerke und insbesondere dort mit der Entstehung des „Term Sheets“ zur Verfügung?
17. Abgeordnete
**Sylvia
Kotting-Uhl**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wurde der Abteilungsleiter im Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, Gerald Hennenhöfer, von Seiten der Bundesregierung oder von Seiten der Energieversorgungsunternehmen in der Nacht vom 5. auf den 6. September 2010 zu den Verhandlungen des Term Sheet hinzugebeten, und wie lange genau (Stunden) war er an den Verhandlungen beteiligt?
18. Abgeordneter
**Volker
Beck
(Köln)**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welchen Inhalt hatten Gesprächsergebnisse zwischen Bundesregierung und Energieversorgungsunternehmen auf der politischen oder auf der Beamtenebene im Zusammenhang mit dem Vertrag der Bundesregierung mit den Energieversorgungsunternehmen und der Gesetze bezüglich der Energie- und Atompolitik, die der Deutsche Bundestag am 28. Oktober 2010 verabschieden soll, die Auswirkung auf die Auslegung von Vertrag oder Gesetzen haben könnten?
19. Abgeordneter
**Volker
Beck
(Köln)**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Zu welcher konkreten Beantwortung auf den von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN am 5. Oktober 2010 an den Bundesminister für besondere Aufgaben und Chef des Bundeskanzleramtes Ronald Pofalla übersandten Fragenkatalog kam es in den beteiligten Bundesministerien und im Bundeskanzleramt auf Leitungs- und Mitarbeitererebenen, die mit den Verhandlungen und dem Abschluss des Förderfondsvertrages zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Kernkraftwerksbetreibergesellschaften und deren Konzernobergesellschaften befasst waren?

20. Abgeordnete
**Britta
Haßelmann**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Antworten gaben die Vertreter der Bundesregierung auf die Fragen des Fragenkataloges der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 5. Oktober 2010 an Bundesminister Ronald Pofalla in den Ausschüssen des Deutschen Bundestages, und in welchen Ausschusssitzungen (Ausschuss plus Datum) wurden sie jeweils gegeben?
21. Abgeordneter
**Dr. Gerhard
Schick**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Führt aus Sicht der Bundesregierung der laut Presseberichten (FOCUS Nr. 42 vom 18. Oktober 2010) offenbar bevorstehende Abschluss eines Revisionsprotokolls zum Doppelbesteuerungsabkommen mit der Schweiz unter Einschluss einer anonymen Abgeltungsteuer zu einer Schwächung der Verhandlungsposition der Bundesregierung in Bezug auf die zukünftige Durchsetzung eines automatischen Informationsaustauschs mit Drittstaaten, und wenn nein, warum nicht?
22. Abgeordneter
**Dr. Gerhard
Schick**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie bewertet die Bundesregierung eine bilaterale Regelung, die deutschen Steuerhinterziehern die volle Anonymität und eine nur partielle Nachzahlung für ein Land gewährt, im Vergleich zu der Regelung, die zwischen Großbritannien und Liechtenstein vereinbart wurde, nach der ab 2015 Banken und Treuhänder in Liechtenstein strafrechtlich verfolgt werden, wenn sie von britischen Kunden keinen Nachweis einfordern, dass deren Gelder beim Finanzamt gemeldet sind?
23. Abgeordnete
**Lisa
Paus**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Kann die Bundesregierung Presseberichte (FAZ vom 18. Oktober 2010) bestätigen, wonach ein Revisionsprotokoll zum Doppelbesteuerungsabkommen mit der Schweiz vereinbart werden soll, das eine anonyme Abgeltungsteuer in Höhe von 25 bis 35 Prozent beinhaltet, und wenn nein, welches ist genau der Stand der Verhandlungen in Bezug auf die Nachversteuerung bei Altfällen und für die Besteuerung von Schweizer Kapitalerträgen deutscher Steuerpflichtiger für die Zukunft?
24. Abgeordnete
**Lisa
Paus**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Hält die Bundesregierung den möglichen Abschluss eines Revisionsprotokolls zum Doppelbesteuerungsabkommen mit der Schweiz, das einen eigenen Abgeltungsteuersatz enthält, für vereinbar mit dem EU-Recht, das ab 1. Januar 2011 die Abführung

einer Quellensteuer von 35 Prozent auf Zinserträge ausländischer Anleger in der Schweiz vorsieht, und wenn ja, warum?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie

25. Abgeordneter
**Garrelt
Duin**
(SPD)
- Welche Schlussfolgerungen zieht die Bundesregierung aus den aktuellen Vorschlägen der EU-Kommission zur Verlängerung des „Temporary Framework“, insbesondere auch zur Frage einer Verlängerung der Regelungen zu Bürschaften und Krediten aus dem Wirtschaftsfonds Deutschland?
26. Abgeordneter
**Garrelt
Duin**
(SPD)
- Wie bewertet die Bundesregierung die diesbezüglichen Positionen der Bundesländer, und wie sieht vor diesem Hintergrund die gemeinsame deutsche Position gegenüber den EU-Kommissionsvorschlägen aus?
27. Abgeordneter
**Oliver
Krischer**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Szenarien hinsichtlich des Abbaus der Belegschaften, der Reduzierung der Förderung, der Schließung von Standorten, der Kosten für die öffentliche Hand usw. lagen der Entscheidung zum Ausstieg aus dem Steinkohlebergbau im Jahr 2007 zugrunde, und inwieweit stimmen diese Szenarien überein bzw. wodurch unterscheiden sie sich konkret von den vom RWI (Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung e. V. bzw. der RAG-Stiftung der Bundesregierung aktuell vorgelegten Szenarien?
28. Abgeordneter
**Oliver
Krischer**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie viele Personen hat die RAG Aktiengesellschaft im unter- und übertägigen Bereich des Steinkohlebergbaus seit dem Inkrafttreten des Gesetzes zur Finanzierung der Beendigung des subventionierten Steinkohlebergbaus zum Jahr 2018 (Steinkohlefinanzierungsgesetz) im Jahr 2007 neu eingestellt (Einstellungen vom Arbeitsmarkt, Übernahme von Auszubildenden, Überführung von Zeitverträgen in Dauerarbeitsverhältnisse usw.), und wie viele Personen haben im gleichen Zeitraum die RAG Aktiengesellschaft im unter- und übertägigen Bereich des Steinkohlebergbaus durch Inanspruchnahme wel-

cher arbeitsmarktpolitischen Instrumente (Frühverrentung, Vermittlung in den ersten Arbeitsmarkt usw.) verlassen?

29. Abgeordneter
Swen Schulz (Spandau)
(SPD)
- Ist der Bundesregierung bekannt, in wie vielen Fällen – aufgeschlüsselt nach Bundesländern – der barrierefreie Zugang zu Filialen der Deutschen Post AG nicht gewährleistet ist?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales

30. Abgeordnete
Sabine Zimmermann
(DIE LINKE.)
- Wie viele der befristeten Arbeitsverträge bei den Jobcentern wurden inzwischen zur Entfristung freigegeben (bitte Zahlen für den Bund sowie die Bundesländer nennen), und wie hoch ist nach diesen Entfristungen der Anteil der befristeten Arbeitskräfte bei den Jobcentern (bitte auch hier Zahlen für den Bund sowie die Bundesländer nennen und beim Bund nach Aufgabenbereich aufgliedern)?
31. Abgeordnete
Sabine Zimmermann
(DIE LINKE.)
- Gab es auch im Bereich der Arbeitsagenturen eine Entfristung von Arbeitskräften, und wie stellt sich hier die absolute Zahl und der relative Anteil der befristeten Arbeitskräfte vor bzw. nach der Entfristung dar (bitte auch hier Zahlen für den Bund sowie die Bundesländer nennen und beim Bund nach Aufgabenbereich aufgliedern)?
32. Abgeordneter
Dr. Ilja Seifert
(DIE LINKE.)
- Welche Erkenntnisse und Schlussfolgerungen zieht die Bundesregierung aus dem Gespräch der Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel mit den Vertreterinnen und Vertretern des Deutschen Behindertenrates (DBR) am 14. Oktober 2010 im Bundeskanzleramt?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung,
Landwirtschaft und Verbraucherschutz**

33. Abgeordneter
**Hans-Josef
Fell**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie verteilen sich die derzeitigen Anteile der einzelnen Biokraftstoffarten (bitte aufteilen nach Biodiesel, Pflanzenöl, Bioethanol, BTL – Fischer-Tropsch-Kraftstoffe u. Ä. – sowie sonstige Biokraftstoffe) auf die Biokraftstoffforschungsförderung des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (BMELV), und trifft es zu, dass das BMELV die Förderung für die Entwicklung der Pflanzenölkraftstofftechnologie im Allgemeinen und im Bereich der Landwirtschaftsmaschinen im Besonderen beendet?
34. Abgeordneter
**Hans-Josef
Fell**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Bundesministerien schreiben die Projektträgerschaften für ihre Forschungsbereiche grundsätzlich aus, und welche Projektträgerschaften – insbesondere des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz – werden nicht ausgeschrieben?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit

35. Abgeordnete
**Silvia
Schmidt**
(Eisleben)
(SPD)
- Ist der Bundesregierung bekannt, dass für einen pflegebedürftigen Menschen, der Pflegeleistungen der Berufsgenossenschaft nach § 44 des Siebten Buches Sozialgesetzbuch (SGB VII) als vorrangige Leistung erhält und für ihn gemäß § 34 SGB XI die Leistungen der Pflegeversicherung, insbesondere Leistungen gemäß § 45b SGB XI (Betreuungsleistungen), für die Höhe dieses Betrages ruhen, und teilt die Bundesregierung die Einschätzung, dass er somit trotz der leicht besseren Ausgestaltung der Leistungen im SGB VII gegenüber Leistungsempfängern im SGB XI strukturell benachteiligt wird?
36. Abgeordnete
**Silvia
Schmidt**
(Eisleben)
(SPD)
- Teilt die Bundesregierung die Einschätzung, dass ein pflegebedürftiger Mensch, der Leistungen der Berufsgenossenschaft nach § 44 SGB VII als vorrangige Leistung erhält und somit gemäß § 34 SGB XI die Leistungen der Pflegeversicherung für die Höhe dieses Betrages ruhen, trotzdem grundsätzlich Anspruch auf zusätzliche Leistungen gemäß § 45b SGB XI hat, und wenn nein, besteht hier nach Ansicht der Bundesregierung eine zu schließende Ge-

setzeslücke, da es eine Ungleichbehandlung der Betroffenen im SGB VII und SGB XI darstellt, wenn die Leistung gemäß § 45b SGB XI deshalb nicht gewährt wird, weil sie im Falle von Berufsunfällen im SGB VII nicht normiert ist und auch auf Grundlage des SGB XI nicht gewährt werden kann?

37. Abgeordneter
René Röspel
(SPD)
- Hat sich die Bewertung der Tätigkeit des sogenannten XCell-Centers in Köln und Düsseldorf durch die Bundesregierung (siehe Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Daniel Bahr vom 3. Mai 2010, Schriftliche Frage 112 auf Bundestagsdrucksache 17/1645) angesichts des jüngst bekannt gewordenen Todesfalls („Schluss mit lebensgefährlicher Stammzelltherapie“, WirtschaftsWoche vom 18. Oktober 2010) geändert, und wäre es der Bundesregierung angesichts der einhelligen Kritik aus Wissenschaft, Medizin und Forschung an der Tätigkeit des XCell-Centers nicht schon vor dem Eintritt von Todesfällen möglich gewesen, hier im Sinne eines überzeugenden Patientenschutzes aktiv zu werden?
38. Abgeordneter
René Röspel
(SPD)
- Wann wird die Bundesregierung dem Deutschen Bundestag einen Entwurf für eine Änderung des Transplantationsgesetzes (insbesondere mit dem Ziel, Krankenhäuser zu verpflichten, Stellen bzw. Arbeitszeit für einen ärztlichen Transplantationsbeauftragten und -assistenten vorzuhalten) vorlegen, der von den Abgeordneten Ulrike Flach, Wolfgang Zöller und Dr. Rolf Koschorrek im August 2010 für die Zeit „nach der Sommerpause“ öffentlich angekündigt worden war, oder sieht die Bundesregierung im Gegensatz zu den genannten Abgeordneten keinen Reformbedarf beim Transplantationsgesetz?
39. Abgeordneter
Friedrich Ostendorff
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie bewertet die Bundesregierung die Gefahr, dass sich das MRSA-Bakterium vor allem in Betrieben mit Intensivtierhaltung – die in den ländlichen Räumen zurzeit stark an Zahl zunehmen – auf die dort arbeitenden Menschen überträgt und aufgrund des hohen Antibiotika-Einsatzes Resistenzen entwickelt, was nach Angaben des Robert Koch-Instituts Wernigerode (laut ZDF heute journal am 18. Oktober 2010; Beitrag „Tod im Krankenhaus“) das Gesundheitsrisiko der Menschen im Umfeld dieser Anlagen, durch Übertragungswege (z. B. in Krankenhäusern) aber auch darüber hinaus erhöht?

40. Abgeordneter
Friedrich Ostendorff
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus dem laut ZDF heute journal vom 18. Oktober 2010 (Beitrag „Tod im Krankenhaus“) steigenden Risiko des MRSA-Befalls in deutschen Krankenhäusern vor allem in ländlichen Regionen mit Intensivtierhaltung vor dem Hintergrund, dass es anders als z. B. in den Niederlanden keine gesetzlich vorgeschriebene obligatorische Voruntersuchung von Menschen aus den einschlägigen Risikogruppen (Nutztierhaltung) gibt?
41. Abgeordneter
Dr. Ilja Seifert
(DIE LINKE.)
- Wie begründet die Bundesregierung, dass eine schwerstbehinderte Person, die ihre „besonderen Pflegekräfte“ nach dem Arbeitgebermodell bei sich angestellt hat, die Assistenz im Krankenhaus finanziert bekommt, wohingegen eine Person mit exakt der gleichen Beeinträchtigung (also auch mit exakt dem gleichen Hilfebedarf), die ihre Assistenz über einen ambulanten Dienst erhält, kein Geld für ihre lebensnotwendige Hilfe erhält, obwohl in beiden Fällen ein gleichgelagerter und gleichgroßer besonderer Pflegebedarf vorliegt, der über die pflegerischen Leistungen im Rahmen der stationären Krankenhausbehandlung gemäß § 39 SGB V hinausgeht?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung

42. Abgeordneter
Dr. Anton Hofreiter
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie ist der aktuelle Sachstand bei der vom Bundesminister für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung vorgeschlagenen Einrichtung einer Pilotstrecke zur Fahrradmitnahme im ICE, und welche Vorschläge für mögliche Pilotstrecken hat die Bundesregierung der Deutschen Bahn AG unterbreitet?
43. Abgeordneter
Dr. Anton Hofreiter
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Initiativen unternimmt oder beabsichtigt die Bundesregierung gegenüber der Deutschen Bahn AG, um die Fahrradmitnahme im ICE zu ermöglichen, und wie bewertet sie die Fahrradmitnahme künftiger Konkurrenten der Deutschen Bahn AG im Hochgeschwindigkeitsverkehr in Deutschland?

44. Abgeordneter
**Heinz
Paula**
(SPD) Wie weit ist das Vergabeverfahren für den sechsstreifigen Ausbau der Autobahn 8 zwischen Ulm und Augsburg fortgeschritten, und wann findet der Baubeginn statt?
45. Abgeordneter
**Heinz
Paula**
(SPD) Womit wird die Verzögerung, die Zeitungsberichten zufolge (Süddeutsche Zeitung vom 16. Oktober 2010) bei der Elektrifizierung der Bahnstrecke München–Lindau auftritt, begründet, und bis wann ist dann stattdessen mit dem Baubeginn bzw. der Fertigstellung zu rechnen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

46. Abgeordnete
**Cornelia
Behm**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) Inwieweit gibt es seitens der Bundesregierung Überlegungen, die naturschutzfachlich bedeutsamen Areale sowohl auf dem ehemaligen Truppenübungsplatz Wittstock als auch auf der Liegenschaft der ehemaligen Heeresversuchsstelle Kummersdorf (beide Brandenburg) dauerhaft unter Schutz zu stellen, um einen Beitrag zum Biodiversitätsschutz im Rahmen der Nationalen Nachhaltigkeitsstrategie zu leisten?
47. Abgeordnete
**Cornelia
Behm**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) Inwieweit gibt es bei einer wünschenswerten Unterschutzstellung Hemmnisse durch eine bisher nicht abgeschlossene Übertragung der Flächen vom Bund an einen künftigen Träger der Maßnahme bzw. an das Land Brandenburg?
48. Abgeordnete
**Sylvia
Kotting-Uhl**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) Welche Prämissen und Rahmenbedingungen hat die Bundesregierung der Gesellschaft für Anlagen- und Reaktorsicherheit für ihre Berechnung zu den Kapazitäten der Atommüllzwischenlager vom Dezember 2009 vorgegeben?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung
und Forschung**

49. Abgeordneter
**Klaus
Hagemann**
(SPD)
- Aus welchen konkreten Gründen sieht sich das Bundesministerium für Bildung und Forschung aktuell nicht in der Lage, die vom Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages geforderte, aktualisierte Projektkosten- und Terminplanung für die Rückbauprojekte Kompakte Natriumgekühlte Kernreaktoranlage (KNK II) und Mehrzweckforschungsreaktor (MZFR), für die im Januar 2010 bereits weitere Kostensteigerungen und zusätzliche Restkosten von mindestens 40 Mio. Euro (KNK II) und 45 Mio. Euro (MZFR) bei nochmals verlängerten Restlaufzeiten angekündigt wurden, vorzulegen, und welche konkreten Rückbauarbeiten erfolgen – auch im Hinblick auf die seit 2008 laufenden Ermittlungen der Staatsanwaltschaft Karlsruhe – bei diesen beiden Altlastenvorhaben aktuell?
50. Abgeordnete
**Nicole
Gohlke**
(DIE LINKE.)
- Ist die Bundesregierung bereit, zusätzliche Studienplätze im Rahmen des Hochschulpaktes 2020 mit den Ländern bereitzustellen, um den laut Medienberichten bis zu 50 000 bis 64 000 zusätzlichen Studieninteressierten aufgrund der Aussetzung der Wehrpflicht einen Studienplatz zu sichern, oder welche anderen Maßnahmen gedenkt die Bundesregierung zu ergreifen?

